



Zwischen den vierjährigen Hauptversammlungen ergeben sich im Gespräch, im Erleben oder auch als direkter Wunsch eine Reihe von zukunftssträchtigen Themen. Einige können direkt transportiert werden, andere finden ihren Niederschlag in Anträgen zur Hauptversammlung.

Der HV vorgeschaltet sind die Landesversammlungen, für uns im Landesverband West im Mai 2021. Die in den Landesversammlungen beratenen und verabschiedeten Anträge werden vom Koordinierungsausschuss für die Delegierten der HV geprüft und aufbereitet. Arbeitsgruppen während der HV empfehlen dann dem Plenum die Annahme, Ablehnung oder Überweisung an den Bundesvorstand.

Unsere Antragsentwürfe werden normalerweise in die Standortversammlung Geilenkirchen eingebracht und dort von den anwesenden Mitgliedern beraten und weitergeben. Coronabedingt reicht ausnahmsweise auch ein Beschluss des Vorstandes der Standortkameradschaft.

Mit den u.a. Anträgen informieren wir unsere Mitgliedschaft erstmals. Folgerichtig können weitere Themen eingebracht werden. Nur zu.....

Überschrift:

Altersvorsorge Soldaten und Beamte analog zur VBL der Arbeitnehmer

Antragstext

Nach dem Scheitern der Riester-Rente, Lebensversicherungen und der langjährigen Nullzinspolitik fehlt eine Säule in der privaten Absicherung der Soldaten, Soldatinnen und Beamten und Beamtinnen.

Diese Säule wird als Absicherung in Verantwortung des Dienstgebers gesehen.

Eine Säule der Alterssicherung analog zur VBL ist zu schaffen.

Die Ausgestaltung ist variabel, jedoch müssen beide Seiten Finanzmittel einbringen.

Antragsbegründung

Ist eine selbsterklärende Anregung aus dem Kreis der Mitglieder, der eine vergleichbare Altersabsicherung für Arbeitnehmer im Öffentlichen Dienst zu Grunde liegt.

Überschrift:

Kostenfreie oder kostenreduzierte ÖPNV-Nutzung für Senioren

Antragstext:

Der Deutsche Bundeswehrverband setzt sich für eine Initiative mit dem Ziel einer kostenfreien Nutzung des ÖPNV ein. Eine kostenreduzierten Nutzung über ein Jahresticket, nutzbar über die Grenzen der Anbieter / Verkehrsverbünde hinaus ist ein erster Schritt.

Erwartet wird, z.B. dass ein Jahresticket für Senioren zu mehr Mobilität führt und sich der Aufwand der Nutzung verschiedener Nahverkehrsmittel/Systemen verringert.

Zudem ist es ein weiterer Baustein zum ökologischen Umbau des Verkehrswesens.

Antragsbegründung:

Eine Vielzahl von Nahverkehrsträgern / Verkehrsverbänden mit jeweils eigenen, unterschiedlichen Beförderungsbedingungen lässt vielfach die Nutzung des Nahverkehrs nicht zu.

Formel: Je älter, desto komplizierter die Nutzung!

Je älter der Mensch wird, desto mehr ist er auf barrierefreie Mobilität angewiesen.

Zudem kann die Forderung als ökologischer Leuchtturm wirken.

Überschrift

Direktabrechnung Krankenhaus

Antragstext:

Der Deutsche BundeswehrVerband fordert flächendeckend die verpflichtende Direktabrechnung der Krankenhäuser mit den Beihilfestellen.

Wird eine Krankenhausleistung nach Bundesbeihilfeverordnung abgerechnet, muss auch das Abrechnungsverfahren, hier Direktabrechnung, verpflichtend sein.

Antragsbegründung:

Es kann nicht sein, dass bundesweit einheitliche Rahmenbedingungen örtlich nur Angebotscharakter für Krankenhäuser haben.

Wird eine Krankenhausleistung nach Bundesbeihilfeverordnung abgerechnet, ist die Direktabrechnung zwingend.

Überschrift

Sicherstellung bezahlbarer Restkosten an der Krankenversicherung nach Umstellung auf Bürger- oder Volksversicherung

Antragstext:

Der Deutsche BundeswehrVerband erarbeitet eine Position für den Fall der Systemumstellung der Krankenversicherung auf Bürger- oder Volksversicherung.

Ziel ist die Sicherstellung bezahlbarer Krankenversicherungsbeiträge für Bestandskunden. Die Versicherungsbeiträge für den Restkostenanteil müssen auf heutigem Niveau bezahlbar bleiben.

Bei einem Systemwechsel müssen der Dienstgeber und die Versicherungswirtschaft ein Modell bereithalten, das die Beihilfeberechtigten bis zu ihrem Ableben in die Lage versetzt, ihren Anteil an der Krankenversicherung auch bezahlen zu können.

Antragsbegründung:

Langfristig wird sich die Volks oder Bürgerversicherung in der Sozialpolitik durchsetzen. Dann bedarf es einer Strategie Bestandskunden über Jahrzehnte hin zu versorgen.

Überschrift

Nutzung MEM durch KERH für Teilgruppen

Antragstext:

Der Deutsche BundeswehrVerband ändert sein Regelwerk entsprechen, zur Nutzung von MEM durch KERH für Teilgruppen.

Derzeit dürfen MEM nur für gemeinsame Veranstaltung alle Mitglieder ausgegeben werden.

Gerade in den KERH gibt es die Notwendigkeit Teilgruppen zu betreuen z.B. Hinterbliebene, Ü80, Jubilare, oder Pflegebedürftige etc..

Hier ist ein Teil der MEM nach Genehmigung durch den Landesverband für diese Gruppen zu verwenden.

Antragsbegründung:

Zielgruppenorientierte Veranstaltungen unter Nutzung von MEM sind derzeit nicht möglich. Häufig führt dies auch zum faktischen Ausschluss von Mitgliedern an persönlicher Betreuung. Ein typisches Beispiel ist ein Witwentreffen.

Hier ist ein Teil der MEM nach Genehmigung durch den Landesverband für diese Gruppen zu verwenden.

In anderen Bereichen sind zielgruppenorientierte Veranstaltungen Alltag.

Überschrift

Entbürokratisierung der Pflege I - Begleitung durch Lotsen

Antragstext:

Bei Zuerkennung eines Pflegegrades ist die Begleitung durch einen Lotsen zu veranlassen.

Dies kann durch den Sozialdienst der Bundeswehr oder durch die privaten Versicherungsträger geleistet werden, ohne das dem zu Pflegenden zusätzliche Kosten entstehen.

Die Lotsentätigkeit endet wenn sich ein normaler Tagesablauf eingestellt hat.

Antragsbegründung:

Regelmäßig sind nicht die zu Pflegenden belastet. Gerade Lebenspartner (systemfremd) sind dann häufig überfordert. Dies führt dann möglicherweise zu einer nicht optimalen Versorgung.

Überschrift

Entbürokratisierung der Pflege II - Jährliche Anträge Beihilfe für Pflegegeld

Antragstext:

Der Deutsche Bundeswehrverband setzt sich ein für die Änderung des Abrechnungsverfahrens Pflegegeld in der Beihilfe.

Die Kombination Vorschuss auf Pflegegeld und dem sich abschließenden jährlichen Beihilfeantrags ist zu ersetzen.

Es reicht zukünftig ein erster Beihilfeantrag und in der Folge jährlich ein Nachweis des bestehenden Pflegegrades.

Dies ist auch die gängige Praxis bei der Restkostenversicherung der privaten Krankenkasse.

Antragsbegründung:

Regelmäßig sind nicht die zu Pflegenden belastet. Gerade Lebenspartner (systemfremd) sind häufig überfordert. Der Antrag fordert geradezu eine Entbürokratisierung. Die derzeitige Regelung belastet die Pflegenden und kostet Arbeitskräfte.

Überschrift

Jobbörse für ehemalige Berufssoldaten und Berufssoldatinnen

Antragstext

Der Deutsche BundeswehrVerband engagiert sich für eine Jobbörse ehemaliger Berufssoldaten und Berufssoldatinnen. Dies wird als Pilotprojekt gefordert. Hierzu bietet sich eine Kooperation mit Industrie und Handelskammern an. Entsprechend dem Beispiel des Beratungszentrums Bundeswehr Wirtschaft mit der IHK Koblenz / Limburg.

Es geht vorrangig um den Wissens- und Fähigkeitstransfer ehemaliger Berufssoldaten und Berufssoldatinnen. Als Fach- und Führungskräfte können sie in der Zeit ihrer Pension in der Wirtschaft zum beiderseitigen Vorteil wirken.

Antragsbegründung

Ist eine selbsterklärende Anregung aus dem Kreis der Mitglieder.